

Bezugspreis:

3 Monate 5.50 RM., monatlich 1.83 RM., frei ins Haus...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Freit' erscheint wöchentlich zweimal...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 19. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Nonpareilzeilen... 1. - 2. Teuerungszuschlag 50%...

Poincaré zurückgetreten.

Paris, 19. Mai. (EPA.) Poincaré hat Millerand sein Vorkandidat als Vorsitzender der Pariser interalliierten...

Dieser Rücktritt Poincarés wird nicht wenig Aufsehen erregen, denn er bedeutet eine Zuspitzung der Spannung...

Auch wollte er damit, im Hinblick auf das Aufleben und auf die Pressebesprechungen, die seine Geste zweifellos auf beiden Ufern des Kanals verursachen...

Beistand der Northcliffe-Presse ist ihm jedenfalls gesichert.

Es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß Poincarés Rücktrittsmotiv insofern glückte, als Lloyd George, der sich in der letzten Zeit als ein ebenso chronischer Zauderer erwiesen hat...

Was aber weder Poincaré noch Northcliffe, noch irgend ein andere erreichen können, das ist, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands um einen Wenig durch Drohungen oder durch Gesten erhöht werde...

Allmählich, weil eben die Verhältnisse stärker sind als die Menschen, zumal in volkswirtschaftlichen Dingen, nähern sich die Alliierten selbst diesem seinerzeit verdamnten deutschen Gegenvorschlag...

Die Beschlüsse von Gynthe bedeuten die späte Erkenntnis und das unfreiwillige Eingeständnis, daß diese Politik nicht auf Vernunft, sondern auf Leidenschaft, nicht auf erreichbaren Tatsachen, sondern auf bloßen Wünschen beruhte.

Internationale Anleihe für Deutschland.

London, 19. Mai. (Holländisch Nieuwsbureau.) Es wird mitgeteilt, daß die Pläne für eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau der deutschen Industrie...

Sowjet-Rußland und der Völkerbund.

London, 19. Mai. (Holländisch Nieuwsbureau.) Obwohl die Sowjetregierung dem Völkerbunde eine Erklärung zugeht, sie habe beschlossen, wegen der Haltung der Entente...

Kriegszustand über Rußland.

Amsterd., 18. Mai. Die 'Associated Press' aus Moskau meldet, in Mittel- und Nordrußland das Kriegszustand verhängt worden.

Abbau der außerordentlichen Kriegsgerichte

Von zuständiger Seite erfahren die B. P. R.: Die Tätigkeit und die Rechtsprechung der im Ruhegebiet eingesetzten außerordentlichen Kriegsgerichte hat in letzter Zeit einen Umfang und einen Charakter angenommen, die den für ihre Einsetzung...

Zur Beschleunigung der Durchführung werden sofort besondere Beamten der Justizverwaltung entsandt werden, um an Ort und Stelle über die sofortige Entlassung Entscheidung zu treffen.

Wenngleich in dieser Verfügung ein Fortschritt liegt, scheint uns nach wie vor die völlige Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte dringender geboten.

Die Streiklage in Frankreich.

Paris, 18. Mai. Der Sekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner Le Cheque ist heute verhaftet worden.

Paris, 18. Mai. Die Gasarbeiter haben heute vormittag beschlossen, im Hinblick auf die Haltung der Delegierten der Eisenbahnergewerkschaft die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Die Kommunisten.

Von Eduard Bernstein.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft bei der Wahl unter der Parole: der Feind steht rechts! Aber in diesem Kampf hat sie sich zugleich der Angriffe zu erwehren, die von links her gegen sie und die von ihr verteidigte demokratische Republik geführt werden.

Mit den Kommunisten ist es eine ziemlich einfache Sache. Sie stehen der demokratischen Republik ähnlich gegenüber wie von rechts her die Deutschnationalen.

Der Umstand, daß diese Diktatur im industriellen Deutschland noch viel verheerendere wirtschaftliche Schäden zur Folge haben müßte, als im überwiegend agrarischen Rußland...

In den Reichstag wollen sie nach ihren eigenen Erklärungen nicht eingehen, um dort am Ausbau der Republik und am sozialistischen Reformwerk positiv schaffend mitzuarbeiten, sondern lediglich zu Protesten und um ihn womöglich von innen heraus zu sprengen.

Wie sie glauben können, dadurch dem arbeitenden Volk in irgendeiner Hinsicht zu nützen, ist ihr Geheimnis. Von den bolschewistischen Schlagworten geblendet, die marxistisch klingend, aber Auffassungen entspringen, die gerade die Marx widerlegt hat...

Wie sehr die Agitation der Kommunisten das Wohl der deutschen Arbeiterschaft gefährdet, haben seinerzeit die unter ihrer Parole unternommenen Versuche gezeigt, die Kohlenproduktion Deutschlands zu vermindern, wenn nicht auf längere Zeit lahmzulegen.

Wäre ihnen das im erstrebten Maße gelungen, so stände es heute um unser deutsches Volk noch viel, viel trauriger, als es ohnehin der Fall ist.

Noch ein zweites ist zu erwähnen. Jeder weiß, von welcher Wichtigkeit für unser deutsches Wirtschaftsleben die Kaufkraft des deutschen Geldes auf dem Weltmarkt, seine Valuta ist. Fällt die Valuta, so fällt damit in gleichem Grade die Möglichkeit, Rohstoffe und Lebensmittel zum bisherigen Preise auf dem Weltmarkt einzukaufen...

Teufel, wo die deutsche Valuta, die Kaufkraft des deutschen Geldes auf dem Weltmarkt, nahezu doppelt so hoch steht, als vor einem halben Jahr, sehen wir endlich trotz Warenmangel ein Nachlassen der Preise verschiedener wichtiger Waren auf dem inneren Markt einsehen. Die deutsche Arbeiterklasse hat ein Lebensinteresse daran, daß diese Bewegung nicht nachläßt. Wie die außerparlamentarische Aktion der Kommunisten auf das Gegenteil hinwirkt, so würde dies auch die unausbleibliche Folge der Ausführung ihres geplanten Verhaltens im Parlament sein, wenn sie mit einer nennenswerten Vertretung in dieses einrückten.

Das soziale Wollen der Kommunisten bleibt ihnen unerkannt. Die unausbleibliche Wirkung ihrer Politik aber, worauf es doch ankommt, kann nur eine solche sein, daß wir genötigt sind, erklären zu müssen:

Jede Stimme, die bei der Reichstagswahl statt den Sozialdemokraten oder Nichtung der Kandidaten der Kommunisten gegeben wird, ist für die progressive organische Entwicklung der Republik, für die Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens, für die Verwirklichung zweckvollster sozialistischer Reformen verloren und verfallen!

Bluff der „Kreuz-Zeitung“.

Wirkliche Waffen und anonyme Briefe.

Die Nachricht von der Aufhebung des politischen Geheimbureaus Lettow-Vorbeck und von den Waffenfunden auf mecklenburgischen Gütern bezeichnet die „Kreuzzeitung“ leichtsin als einen „Bluff“, ohne auch nur den geringsten Beweis für ihre Unrichtigkeit zu haben. Dafür kommt sie mit einer wirklichen Schredensnachricht: Der Bürgermeister von Langenmünde hat einen anonymen Drohbrief mit der Unterschrift „Schwarze Hand der roten Arme“ erhalten! Das ist in der Tat verdammt. Wir wollen der „Kreuzzeitung“ verraten, daß wir im Laufe jeder Woche mindestens ein Duzend anonyme Drohbriefe Deutschnationaler Charakterbeladen erhalten, in denen uns bereits jede erdenkliche Todesart in Aussicht gestellt worden ist. Wir haben aber bisher vorgezogen, die Offenheit mit derartigen Mäusen zu verschonen.

Um nun aber das Bluff-Gerede der „Kreuzzeitung“ zu kennzeichnen, wollen wir hier folgende Details über die aufgefundenen Waffenlager mecklenburgischer und pommerscher Agrarier berichten:

Am 18. Mai wurden in einer Scheune des Gutes Glasemithen Burg bei Wüstrow — Pächter Herr Hans Wegener — Waffen und Munition gefunden, die von Herrn Koch in Wüstrow, ehemals Oberleutnant im Zeitfreiwilligen-Bataillon Wüstrow, als Nachschubteile dort zur Aufbewahrung gegeben worden sind.

Eine Hählung der Waffen und Munition ergab folgendes: 1 Maschinengewehr 08, 2 Maschinengewehrpistolen, dazu 4 Magazine und 432 Schuß, 1 leichter Minenwerfer (vollständig) mit 24 Schuß, 1 Leuchtpistole und 88 Leuchtpatronen, 56 Stielhandgranaten mit Zündern, 51250 Schuß Infanterie-Munition (davon 17250 gekürzte für Maschinengewehre), 195 Karabiner, 1 Rüte Verbandstuch.

Auf dem Gut Hohenfelde, wofür Herr Wien, sind 25 Riffler mit Flugzeugerfahrungen beschlagnahmt worden. Auf dem Gut Mallin, wofür Herr v. Hauff, sind 6 Flugzeuge vollständig ausgerüstet untergebracht.

Aber natürlich ist das alles Bluff. Die angeführten Waffen und Flugzeuge wurden nämlich — zur Jagdjagd gebraucht!

Reklame für freie Wirtschaft!

„Fort die Zwangswirtschaft; dafür freie Produktion und freien Handel! Das ist die tiefere Bedeutung dieser Ausstellung.“ So schreibt die „Post“, ein Blatt, das erbitert die Zwangswirtschaft bekämpft, über die „Defosa“, die Ausstellung der Feinloshändler. Dieses Redegeschrei für den freien Handel nimmt aber ein bedenkliches Gesicht an, wenn man den Schluß des Artikels der „Post“ liest:

Der Reichskunstwart und die neue Kunst.

Der neue Reichskunstwart, Professor Medlob, hielt am Anlaß der Eröffnung der Kunstausstellung Düsseldorf 1920 einen Vortrag über „Kulturarbeit als Grundlage geistiger und wirtschaftlicher Gesundung“. In der Rede ging es um die Förderung der Kunst, die Förderung der Wirtschaft, die Förderung der Kultur. Die Rede war eine sehr interessante, und es ist zu hoffen, daß sie in der Öffentlichkeit einen großen Eindruck machen wird.

Der Reichskunstwart fordert einleitend ernsthafte Rücksicht auf die aus dem Felde heimgekehrte Jugend und Förderung ihrer Bestrebungen. Die Voraussetzung jedes Fortschritts einer wirtschaftlich begründeten Kultur sei die Förderung alles dessen, was Zukunftswerte in Werken ausdrückt. Die Kultur müsse sich ganz und gar von geistigen Werten der Kunst durchdringen lassen. Die Kunst dürfe nicht mehr, wie das vielfach der Fall war, als Luxus und Fierde angesehen werden. Jetzt sei die Zeit gekommen, da nur noch wirkliche Lebenswerte der Kunst Gültigkeit hätten. Das könne nicht ohne Kampf geschehen. Hart kämpfen sich in der Kunst das Alte und das Neue gegenüber. Es ginge nicht an, die jungen Leute ohne Sturm und Kampf durchgewacht. Man solle in den Ausstellungen genau darauf achten, wer Frontkämpfer, wer Stappenkrieger und wer Heimatschützer sei. Man werde dann finden, daß in der Kunst wie im Feld die Jugend zum Frontkampf am tauglichsten sei, obgleich mancher Siebzehnjährige mit Erfolg sich in ihren Reihen behauptet. Die Künstler seien Seher und hätten die Aufgabe bis jetzt nicht bezugene Wege zu eröffnen. Man solle solchen Versuchen nicht mit hochantigen Kritik begreifen, denn es sei außerordentlich schwierig, neue Werte sofort zu erkennen. Man solle vielmehr das Neue schweigend entgegennehmen.

Die „Kunstschönung“ müsse aus allen großen Schaffensmöglichkeiten der Kunst hervorgehen. Mit der Verjüngung und Durchdringung aller Schaffens mit der fernmündigen künstlerischen Grösse, mit der Reingebung kameradschaftlich vordringender Künstlergemeinschaften habe die Jugend des Westens oder mit ihr die Schulleiter an Schulen das Alter nun Epochenmachendes erreicht. Damit sei der Westen die Brücke geworden zwischen Jugend in Abendlands und jenseits der Grenze.

Mehrzahltelegraphie und -telephonie. Der telephonische Fernverkehr fand früher seine Grenze in dem Umfange, daß derselbe durch gleichzeitig nur für ein Gespräch benutzt werden konnte. Neuerdings ist es nun gelungen, mittels derselben Leitung gleichzeitig mehrere Telephonatredaktionen und Telegramme ohne gegenseitige Störung zu befördern. Dieser bedeutungsvolle Fortschritt wird durch das beschriebene Wort Mehrzahltelephonie u. v. m. ausgedrückt. Ueber die Erfahrungen, die mit der neuen Methode erzielt wurden, berichtet Prof. R. W. Wagner am 18. Mai in einem Vortrage im Elektrotechnischen Verein.

Dem ein Besuch der „Defosa“ könnte unangenehme Folgen haben, hauptsächlich für den Ehemann, der die gewöhnliche Begehrtheit der teuren Gattin mit Erhöhung des Wirtschaftsgeldes hüten muß. Wer sich also nicht „innerlich gefestigt“ fühlt, der meide die „Defosa“. Wer sich aber Charakterstärke genug zutraut, dem sei ein Besuch warm empfohlen.

Schöner hätte die „Post“ gar nicht sagen können, daß der freie Handel nur eine Sache für Leute mit dem großen Portemonnaie ist, während die Kinderdarmen mit und ohne Charakterstärke sich wohl die guten Sachen anschauen dürfen, die er beschert, aber leider nicht bezahlen können.

Zum Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Ueber Deutschlands Gauen weht wieder einmal das schwarze Geblöde des Leipziger Ärzteverbandes. Die Erhöhung des Grundlohnes sowie die Erhöhung der Grenze der Zwangsversicherung von 5000 auf 15 000 M. Einkommen bietet dem Leipziger Verband die willkommenen Gelegenheiten, gegen die Krankenkassen zu Felde zu ziehen. Hierzu ist der Tagespresse wieder der fälschlich tendenziöse Aufsatz des Leipziger Verbandes zugegangen, der zum schlimmsten Schaden der Versicherten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, und zum Schaden der freien Arztenschaft die ganze Bewegung wiederum auf einen verhängnisvollen Irrweg leitet. Die gesamte Ärzteschaft hat auf Veranlassung des Leipziger Verbandes ihre Verträge am 8. Mai gekündigt und von den Krankenkassen die Erhöhung des ärztlichen Entgeltes und die Einführung der „organisierten“ freien Arztwahl nach dem Leipziger Kodex verlangt. Durch die den Kassen aufgesetzten Kollektivverträge beabsichtigt der Leipziger Verband sämtliche Kassen und die gesamte Ärzteschaft in seine Gewalt zu bringen. In dem Eingeladten an die Presse bedauert man, daß die Streitigkeiten mit den Krankenkassen wieder entstanden sind und eine „vorübergehende“ Benachteiligung der Kassenmitglieder nunmehr eintritt, aber es gelte der Zukunft der deutschen Ärzteschaft, der jegigen wie der kommenden, in geistiger wie materieller Hinsicht.

Ein Streik, eine Verweigerung der ärztlichen Hilfeleistung sei nicht geplant und werde „höfentlich“ auch nicht nötig werden, da diesmal völlige Einigkeit unter den Ärzten herrsche, eine Behauptung, die durchaus nicht zutrifft.

Wegen einer Erhöhung der ärztlichen Honorare dürfte kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden haben, da ja alle „Gewerbetreibenden“ wachsend mit der laufenden Verteuerung der Lebensmittel gezwungen sind, höhere Forderungen zu stellen. Diesmal handelt es sich aber nicht nur um die Erhöhung der ärztlichen Vergütung, sondern es handelt sich um die Einführung der sogenannten „freien Arztwahl“ des L. V. Was ist nun die freie Arztwahl? In recht bezeichnender Weise antwortet Herr Sanitätsrat Dr. F. Döring, Amdenburg in seinem Buch: „Ein freies Wort an die deutsche Ärzteschaft“ wie folgt:

„Die freie Arztwahl ist ein jedes Zweiglein an dem Paradiesbaum der kommunikativen Staatsidee, dessen Kulturbedingungen wahrscheinlich aber erst jenseits elliender Epochen und Sündfluten gegeben sind. Man will die Krankenkassen zum Gemeingut der Ärzte machen. Es sollen die Willkürherrscher aus dem deutschen Krankenkassen alljährlich in sämtlichen Kreisen nach dem Maßstab ihrer Tätigkeit verteilt werden. Auf die Frage, ob das möglich ist, läuft unteren L. V. Freiwahl-Journalisten unter ihrem warmen Veil ein kaltes „nein“ über den Rücken. Ja, meinerseits, glaube nicht daran, jedenfalls nicht eher, als bis mir ein Kollege mit dem berühmten Engelstügelproß am Schulterblatt gezeigt wird. Die Verwirklichung dieses Problems scheitert nicht an dem guten Willen der Krankenkassen, sondern an den materiellen Schwächen der Ärzteschaft.“

Bei einem Stande, „sagt Herr Dr. Döring“, der von altersher als „Infrafont“ neben der Priesterschaft rangiert, dem Staat und Volk respektvoll in so vielen Lebensinteressen den Vortritt privilegieren, von diesem Stand hätte man erwarten dürfen, daß er sich zur Wahrung seiner Interessen moderner Kulturwaffen bedient hätte. Statt lärmende Kampfkampfen zu schaffen, vor denen der Friede des Krankenschimmers nicht einmal heilig ist.

Prof. Wagner streifte zuerst die Versuche und Untersuchungen, die erforderlich waren, um der Entwicklung der als richtig und möglich erkannten Methode des Mehrzahlfernsprechens und Telephonieversuchs an Leistungen mittels Hochfrequenz die Grundlagen zu geben. Die von ihm von allen Anforderungen des Postbetriebes gewachsenen Anlagen ermöglichten. Dann schilberte er die Bedingungen, die eine Apparatur im Postbetrieb zu erfüllen hat, und wies darauf hin, daß die Bedienung und Wartung die denkbar einfachste sein muß, daß völlige Betriebssicherheit unerlässlich ist und auch die Frage der Wirtschaftlichkeit eine maßgebende Rolle spielt. Die Geräte für die Hochfrequenz-Telephonie und Telegraphie sind von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie gebaut worden. Seit Anfang Oktober 1910 ist eine Einrichtung zum Fernsprechen zwischen Berlin und Hannover täglich etwa 8 bis 10 Stunden mit vollem Erfolg in Betrieb, wobei die Hochfrequenztelephonie gegenüber der normalen Drahttelephonie weniger unter starken Nebenwirkungen leidet. Seit Anfang Januar wird ein Telegraphieverkehr mit Hochfrequenz zwischen Berlin und Frankfurt a. M. unterhalten. In 8. bis 10stündigem Betrieb, wobei je nach der Reichweite bis 2000 Telegramme täglich befördert werden, erledigt diese Anlage eine 80 Proz. des Gesamttelegraphenverkehrs zwischen Berlin und Frankfurt überhaupt. Seit etwa drei Wochen ist eine Sechsfach-Telegraphieverbindung Berlin—Frankfurt a. M. auf einer Leitung in gleicher Art, im Betrieb. Die schnellste Durchbildung der Apparate für die Praxis und die Heberwindung aller praktischen Schwierigkeiten ist der engen Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie zu verdanken, die von dem Bestreben geleitet sind, der Verkehrrat mit Hilfe des Hochfrequenzbetriebes nach Möglichkeit abzuheben, den Fernsprech- und Telegrammverkehr wieder auf die alte Höhe bringen zu werden.

Der Zeitungstram. Das Ende des Zeitungstramens ist unvoll und in der kapitalistischen Presse unausrottable. Erich R. Schmidt beschäftigt sich in Stefan Großmanns Heftchrift „Das Tagebuch“ erneut mit dem Thema. Wir geben ihm das Wort:

„Wie ist das Ritzen des Zeitungstramens? Von tragischer Tiefe. In der Provinz: Couriers-Mahler-Dred, Javans, Jöhren. In Wien: zwei sich man auch andere Namen. Jüngere sind ohnig zumeist. Sie sind der alten Mahler-Schachtel würdig. Katastrophen, daß alle Hoffnung fahren.“

Und Berlin? Ist es nötig, daß das gelesebene Blatt Berlins demern mühselhaftigste Unterhaltungstramens bringt? Aber lebt auch gar die Romane im „Lokalanzeiger“ an den zweiten Gehil, bele lesen. So die größten Wälder. Ihr Beispiel ist durchaus nicht nachahmenswert. Sie bringen zwar „Original“-Romane, bisher ungedruckte Werke. Aber sie sollen, wenn sie nicht besseres imden, lieber große Dichtungen neuerer Zeit aus Wäldern abdrucken.

Wie der „Vorwärts“ augenblicklich. (Die Freude darüber zwingt mir die Feder zu dieser Stelle in die Hand.) Er druckt „Knut Hamsuns „Segen der Erde“. Eine ganz große, reiche Dichtung. Wer Hamsun ist, werden erst spätere Geschlechter vollkommen erkennen. Ein Bruder der großen Logosoff. Seine Aufzugesiffen in Deutschland sind beachtend niedrig. Ein ein-

Auch Herr Sanitätsrat Dr. Busch-Hoßum hat in seinem bei J. Goldschmidt-Berlin erschienenen Buch: „Die deutsche Ärzteschaft am Scheidewege“ scharf gegen die freie Arztwahl des L. V. Stellung genommen, die nur Mittel zum Zweck sei, den bisherigen Überdosen ihre Stellungen zu sichern. „Die deutsche Ärzteschaft“, schreibt er, steht in der Tat in des Wortes schwerster Bedeutung am Scheidewege. Sie habe demnächst zu wählen, ob die in geistlicher und „würdiger“ wirtschaftlicher Stellung und in gebührender Unabhängigkeit ihrer Berufstätigkeit sich widmen oder mit dem Verlust ihrer Freiheit die Sünden des Leipziger Verbandes hüten will.“ Die freie Arztwahl, mit der Verzählung der Einzelleistungen führe den ärztlichen Stand moralisch bergab in jenen Morast, wo nur Sumpfpflanzen gedeihen, Ruhr- und Ebelgewächse aber ersticken müssen, sagt Dr. Rabensberg. So steht die völlige Einigkeit unter den Ärzten aus, wie sie der Leipziger Verband in seinen Eingeladten an die Tagespresse vorlautet.

Eine gründliche „geistliche“ Umgestaltung des gesamten Arztwesens muß so rasch als möglich durchgeführt werden. Die Gesundheit sowie die Krankenpflege muß im neuen Deutschland vom Staat, von den Provinzen, von den Gemeinde ausgedehnt werden, dann nur wird es erst möglich sein, den tödlichen Seuchen beizukommen, die jetzt noch alljährlich Hunderttausende blühender Menschenleben zerstören. Die Schäden einer Verzögerung lassen sich gar nicht ermessen. Die historische Stellung des Arztes als Gewerbetreibender, der von der Krankheit seiner Mitmenschen lebt, bildet bei der heutigen Ueberfüllung des ärztlichen Berufs eine Gefahr für das Staatswohl, deshalb ist die baldige Lösung der Arztfrage auf geistlicher Grundlage heute als eine Lebensfrage des Volkes, als eine Kulturforderung der deutschen Nation zu bezeichnen.

Unter kurzer Artikel im Abendblatt vom 17. Mai über den Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen hat uns die Zuschrift eines Arztes eingebracht, worin als die Schuldigen an dem evtl. Ausbruch eines Streiks nicht die Ärzte, sondern die Krankenkassen bezeichnet werden. Die Verträge wären unter Voraussetzungen abgeschlossen, die heute nicht mehr zuträfen.

Daß auch die Ärzte den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend belohnt werden müssen, wird kein sozial denkender Mensch in Zweifel ziehen können.

Die Zuschrift betont, daß die Kranken weiter behandelt werden. Doch aber nicht nur diejenigen Kranken, die das Honorar des Arztes sofort auszulegen imstande sind? Aber gerade in der Tatsache, daß die meisten Kranken mittellos sind, liegt die ungeheure gesundheitliche Gefahr des gegenwärtigen Zustandes.

Die Militärdiktatur im Saargebiet.

An der Tür des Saargebietes im Landgericht zu Saarbrücken hängen eine ganze Reihe Urteilsausfertigungen. Die Urteile sind erlassen am 8., 18., 22. und 29. April 1920. Nach einem dieser Urteile hat, wie der N. M. mitgeteilt wird, ein Kriegsgericht der französischen Rheinarmee mit dem Sitz in Saarbrücken im Namen des französischen Volkes am 22. April 1920 einen deutschen Landeseinwohner des Saargebietes, der des schweren Diebstahls beschuldigt wurde, zu 10 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Aufenthaltverlust verurteilt. Die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt dazu: „Wie verträglich das mit der Erklärung des Präsidenten der Regierungskommission, daß es sich hier nur noch um eine örtliche Polizeitruppe handelt. Dieser Zustand, in dem die als Gendarmetruppe anwesenden Soldaten über Saarländer zu Gericht sitzen, muß eine ganz unhaltbare Lage gehalten. Man sieht sich über den Friedensvertrag und die uns feierlich garantierten Rechte hinweg, als ob wir noch unter Militärdiktatur ständen. Wir haben Frieden, wir haben bindende Abmachungen der Staaten. Die Bevölkerung des Saargebietes verlangt deren Befolgung und wird nicht früher zur Ruhe kommen und auch nicht früher für eine Verständigung eintreten, bis diesen und anderen Forderungen, vor allem unserem Rechte Geltung verschafft ist. Die Regierungskommission des Saargebietes darf hier nicht schweigen.“

zigen Wächlern der Voem, Detzen und Konforten ist mehr verbreitet als das Gesamtwerk dieses Gültigen. Wäre es umgekehrt, hätte die Welt ein anderes Gesicht.

Jetzt wird er einem Leserkreis von Arbeitern vor Augen gehalten. Und sie werden ihn verstehen. Sie werden ihn lieben. Sie werden die Stimme der Natur hören. Gottes Obem spüren, das Wehen über den Wipfeln und den leisensten Ton in der menschlichen Brust.“

Der „Vorwärts“ spendet ihm, gebührt der gesamten Arbeiterpresse.

Gastrecht „Menschen“ in Prag. Wir aus Prag berichtet wird, entsehl dort das neue Stück Walter Hasenclevers „Menschen“ bei seiner Uaufführung im Deutschen Landesbheater einen Standa. Das Werk behandelt den Erlösungsgebanken in menschlich und sprachlich expressivster Form. Die Bühne ist in drei Abschnitte geteilt, die jeweils beleuchtet werden, wie sich die Handlung in ihnen abspielt. Diese Handlung ist von einer mehr grautischen als fahnen Phantasie eingegeben. Die Sprache kongregiert die alte Scharfart auf einzelne inhaltliche Boerhöfe, vieloch wird überhaupt auf die Sprache verzichtet, die Pantomime tritt an ihre Stelle. Als Zeugnis eines neuen Stilversuches ist das Werk zweifellos interessant.

Die Sowjet-Literatur. Zur Lage des russischen Zeitungswesens berichtet ein in der Schweiz lebender russischer Großbetrieber folgendes: Die Moskauer „Iswestija“, das Hauptorgan der Bolschewiken, hat eine Auflage von 2 Millionen Exemplaren. Nur ein Weiteres verlag, wie der von Sotnoff, vermag die Arbeit zu bewältigen. Die pfechfalls in Moskau erscheinende „Pravda“ und die gleichnamige Zeitung in Petersburg weisen nur Auflagen von je 100 000 Exemplaren auf. In ähnlichem Umfange werden „Wirtschaftliches Leben“ und „Die Arbeit“ veröffentlicht. In dem nichtvolksbewußten Blatte „Moskau“ beschäftigt man sich im wesentlichen mit Fragen der Kunst und Literatur. Ungeachtet des fehlenden Papiermangels wird der russische Büchermarkt mit Schriften politischen Inhalts überschwemmt. Unter der Leitung von Maxim Gorki erfolgt die Druckerung von Büchern für die Bibliothek der Weltliteratur; mit Uebersetzungen ist eine große Anzahl bedürftiger Literaten beauftragt.

Theater. Das Neue Volkstheater bleibt am Freitag geschlossen. — Am Theater des Westens findet am 1. Juni die Eröffnung des Schauspiel „Der Schatz nach dem Lind“ mit der Wiener Charakterdarstellerin Gilda Werbart und Viktor Schwanneke statt. — Das Schicksal der Komikerin Ober mit „Schwarzwaldbühne“ beginnt im Rose-Theater am 22. Mai.

Emil Trill ist zum ordentlichen Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbeschulens ernannt worden.

Eine Fortschungsgeellschaft für wirtschaftlichen Landbetrieb ist in Berlin gegründet worden zur wissenschaftlichen Untersuchung der Arbeitsvorgänge im Bauwesen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin und zur Förderung aller Bestrebungen, die den Baubetrieb wirtschaftlicher gestalten können. Vorsitzender ist Prof. Steje, stellv. Vorsitzender des Verbandes Groß-Berlin.

Der Wahlkampf.

Der Freibrief an unsere Feinde.

Die Deutschnationalen schreiben jetzt Peter und Paul über die Friedensbedingungen von Versailles und klopfen die Republik deswegen an. Dabei sind sie es selber, die unseren Feinden einen Freibrief für unmenschliche Friedensbedingungen ausgestellt haben. Im „Panther“ (Jahrgang 1915, Oktoberheft) schrieb der General der Kavallerie Freiherr von Gersdorff, zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, wörtlich folgendes:

Der Ring der uns feindlichen Mächte hat geglaubt, die verwerfliche Bedrohung der eigenen Nachstellung nur mit dem Schwerte abzuwehren zu können. Dann war es seine Pflicht, zur ultima ratio (zum letzten Mittel) zu greifen; er hat gemeint, und nach Kriegsende beendeten Kriege zerstückeln zu müssen; das wäre sein Recht, das Recht des Siegers gewesen; er hat den Krieg mit einer beispiellosen Wähe und Grausamkeit geführt; das war der Ausfluß altererbter Abneigungen und Triebe. Nirgends also ein Grund, ihn deswegen zu hassen; nirgends aber auch auf der anderen Seite ein Anlaß, ihn zu schonen und ihm mit unangebrachter Milde zu begegnen.

Um also für sich ein Recht auf Eroberungen und Beute zu begründen, haben die Alldeutschen dem Gegner ausdrücklich ein gleiches Recht im Falle seines Sieges zugestanden. Sie haben jedenfalls nicht das mindeste Recht zur Beschwerde, wenn der Gegner jetzt tut, was sie selber für billig und gerecht erklärt haben. Sie nicht!

Die abtrünnigen Generalsekretäre.

Zeugnisse gegen die Deutschnationalen.

Der frühere Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei, Burgemeister, hat im demokratischen „Berliner Tageblatt“ über seine bisherige Partei das schärfste Verdammungsurteil gefällt, das sich nur denken läßt. Ein Gegenstück zu seinem Artikel bildet eine soeben erschienene Broschüre „Das deutschnationalen Gewissen“ von H. W. Kroschel, Generalsekretär der Deutschen Volkspartei. (Deutsche Aufklärung, Berlin W. 15.) Kroschel gehörte bis zum Herbst v. J. der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei an.

Seine Schrift bestätigt die Erklärung Burgemeisters, daß heute die Konservativen die unumschränkten Herren dieser Partei sind, die nach seiner Aussage von der Schwerindustrie und den Agrariern finanziert wird. Wie reich die Mittel sind, die ihr zufließen, geht daraus hervor, daß in den ersten zehn Monaten seit Gründung der Partei rund drei Millionen Mark ziemlich ziellos verpulvert wurden. Geld wurde von allen Seiten genommen, auch von Juden, die dumm genug waren, diese Partei der antisemitischen Sache zu fördern.

Besonders interessant ist, was Kroschel über die Beteiligung der Deutschnationalen am Kapp-Putsch zu erzählen weiß. Schon einige Tage vor dem Putsch sei in Aussicht genommen gewesen, die Parteiräume in der Schellingstraße 1 den Putschisten zur Verfügung zu stellen. Dann schreibt er weiter:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die gesamte Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei bis ins kleinste von dem Staatsreich Kapp-Lüttich unterrichtet war und mit Kapp und Traub an der Vorbereitung des Putsches beteiligt war. Pflicht der Parteileitung war es, sofort am 10. März 1920 in aller Öffentlichkeit die eigenen Parteimitglieder zu warnen. Eine offizielle Warnung seitens der Deutschnationalen Volkspartei hätte die Putschisten wie Kapp-Lüttich-Traub und deren Anhang unzweifelhaft abgelehrt. Die deutschnationalen Parteileitung war aber mit dem Herzen für das Gelingen des Putsches und unterließ aus diesen Gesüßten heraus jegliche Warnung. Die moralische Verantwortung für den Staatsstreich Kapp-Lüttich und dessen Auswirkungen trifft Hergt und v. Kiebiner, die Häupter der Partei.

Jedes Mittel ist den Deutschnationalen recht, um zur Gewalt zu kommen, von der sie in roher und rücksichtsloser Art Gebrauch machen würden.

Kroschel und Burgemeister — das ist ein bißchen viel auf einmal. Ueber eine Partei, aus deren Mitte heraus von hervorragenden früheren Vertrauensmännern solche Geständnisse gemacht werden, ist unter politisch Denkenden kein Wort zu verlieren. Aber Burgemeister sagt selbst, seine bisherige Partei spielte auf die denkwürdige, vergessliche Masse. Am 6. Juni wird sich zeigen, wie groß die noch ist!

Sozialdemokratie, Beamte und Angestellte.

Im Charlottenburger Volkshaus fand am 17. März 1920 eine Versammlung aller Reichs-, Landes- und Kommunalbeamten und -angestellten statt, in der die Genossen Rektor Plum und Postassistent Rood zu den Reichs- und Stadtverordnetenwahlen sprachen. Die äußerst hart besuchte Versammlung kam in einmütiges Bekenntnis aus, nur sozialdemokratisch zu wählen. Nach sachlicher Diskussion, an der sich eine ganze Anzahl Redner beteiligten, wurde folgende Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen.

Die am 17. Mai 1920 im Volkshaus Charlottenburg zahlreich versammelten Reichs-, Landes- und Kommunalbeamten und -angestellten sind der Überzeugung, daß nur Sozialdemokratie auf politischem Gebiete und Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiete die ideale und materielle Ret der deutschen Vaterlandes befeitigt werden kann. Sie verpflichten sich daher, bei den kommenden Reichs- und Stadtverordnetenwahlen überall für diese Kandidaten zu wirken.

Zahlreiche Aufnahmen für die Partei fanden statt.

Die S. P. D. in Treptow-Saumschulzen. Einen glänzenden Verlauf nahm die von der Sozialdemokratischen Partei am Montag im Treptower Gesellschaftshaus einberufene öffentliche Versammlung, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Genosse Franz Krüger lenkte die in treffenden Worten die Rede und der Wahlkampf der Deutschnationalen, wies aber gleichzeitig darauf hin, wie das Wachstum der Deutschnationalen durch die sinnlose Preisen- und Gewaltspolitik der äußersten Linken gefördert worden ist. Der Referent fand reichlichen Beifall; in der Diskussion nahmen Gegner nicht das Wort. Für unsere Partei bedeutet diese Versammlung einen erfolgversprechenden Aufschwung zu den Wahlen.

Eine unnatürliche Gattin.

Ein Nordanschlag, der auf die eigene Gattin des Heberfallenen zurückgeführt wird, wurde in der vergangenen Nacht auf dem Schankwirt Heinrich Kasse in der Wilhelmstraße 6 verübt. Kasse, ein Mann von 40 Jahren, wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Der Heberfallene betreibt in dem Hause im Erdgeschoß eine kleine Schankwirtschaft. Mit seiner Frau lebte er ständig in Unfrieden. Am vergangenen Sonntag gab es wieder einen häuslichen Aufruhr. Die Frau ging dann spazieren und traf dabei, wie sie sagt, den 20 Jahre alten Kaitzen Fritz Granat, der bei Kasse früher schon verkehrt hatte. Sie sagte ihm ihr Leid und bat ihn, ihren Mann einmal gründlich zu verprügeln. Granat erwiderte, das werde er schon machen. Er konnte gerade von einer Schlägerei und habe noch zwei Freunde, die mitmachen würden. In später Abendstunde lebte nun Granat mit diesen Freunden bei Kasse ein. Gleich nach Eintritt in die Schankstube stießen sie über Kasse her, während dessen Frau sich in der Hinterstube befand. Sie warfen ihm eine Schlinge um den Hals und schlugen mit einem feilenartigen Werkzeug auf ihn ein. Zum Glück zog sich die Schlinge nicht gleich zu. Der Heberfallene konnte noch um Hilfe rufen und das veranlaßte die Verbrecher die Flucht zu ergreifen. Zwei Polizeiwachmänner der Wache 13, die durch den Lärm aufmerksam gemacht worden waren, verfolgten sie, konnten aber nur Granat ergreifen, während die beiden anderen entkamen. Die unnatürliche Gattin wurde ebenfalls verhaftet. Sie räumte nach kurzer Zeit ein, daß sie Granat gedungen habe, aber nur, um ihrem Manne einen „Denkzettel“ zu geben, nicht um ihn zu töten. Granat und seine Helfersterker sollten dafür belohnt werden. Die ganze Ausführung des Mordes und die Verstecke lassen aber darauf schließen, daß es auf eine Tötung Kasses abgesehen war.

Die verschwundenen Gefangenensendungen.

In den letzten Monaten vor der Rückkehr der deutschen Gefangenen aus Frankreich kauften sich die Mogen darüber, daß zahlreiche nach Frankreich abgeschickte Gefangenensendungen den Empfängern nicht erreichten. Viele Angehörige haben demnach angenommen, daß ein großer Teil der Sendungen wohl schon auf deutschen Gebieten in unerbittliche Hände gefallen sei. Dieses rätselhafte Verschwinden hat jetzt eine gewisse Aufklärung gefunden. Nach Frankfurt (Main) sind vor kurzem nicht weniger als fünf Eisenbahnwaggons mit Paketen und Päckchen für deutsche Gefangene in Frankreich zurückgekommen, die die französischen Behörden den Empfängern nicht mehr zugestellt haben. Auf den Sendungen finden sich Beschriftungen wie „Rapatrié“ oder „Retour à l'envoyeur“. Die Sendungen haben durch das lange Unterwegssein, durch Nässe und Wind außerordentlich gelitten, der Inhalt ist vielfach verderben oder abhanden gekommen. Aufschriften sind verloren gegangen. Versiegt wird alles versucht, diese unbestimmten Sendungen über ihre Reise den Abnehmern wieder zuzustellen.

Die Geburten werden teurer. Nachdem alle Lebensverhältnisse heute so bedeutend im Preise gestiegen sind, können auch die Hebammen Groß-Berlins ihre tägliche Miete beim Kinderkranken nicht mehr zu dem alten Preise leisten. Sie erhöhen vom 1. Juni ab ihre Taxe vom 15. Dezember 1919 um 300 Prozent.

Doffentlich verknüpft das die kleinen Kinder nicht so, daß sie es sich dreimal überlegen, ob sie in so teuren Zeiten zur Welt kommen sollen.

Billig Müllbeseitigung. Die Steigerung der Müllabfuhrkosten läßt manchen Berliner Hauseigentümer oder ihren Verwaltern jedes Mittel zur Kostenersparung recht erscheinen. Verschiedene haben schon den Einfall gehabt, den Müll auf dem Hof oder im Garten zu begraben. Auch auf dem Grundstück Prasiligrasstraße 12 ist das geschehen, und zwar unmittelbar vor den Fenstern einer im Erdgeschoß liegenden Wohnung. Dieses Verfahren wurde zunächst zur rascheren Beseitigung der während des Streiks aufgehäuften Müllmassen angewandt. Anschließend hat aber die Hauseigentümerin sozusagen „Geschmack daran gefunden“ und will den Notbehelf dauernd beibehalten. Nach Vergrabung jener Müllmassen wurde eine zweite Grube angelegt, in die nun Tag für Tag der frische Müll und andere Abfälle hineingeschüttet werden. Diese Grube, die einseitig offen bleibt, ist für die Hausbewohner eine Quelle der Verunreinigung und der Gesundheitsgefahr. Wie verteilt über eine derartige, für großstädtische Mietsfamilien doch sehr bedenkliche Mülldeponie zu der Einfachheit kleinräumiger und ländlicher Verhältnisse die Verhältnisse? Auch in Lichtenberg hatte der Verwalter des Hauses Grünberger Str. 7 sich damit geholfen, daß er mehrere Kästen Müll in dem nur kleinen Garten vergrub. Als der Odman des für das Grundstück zusammengetretenen Mieterrates sich mit einer Beschwerde an den Lichtenberger Polizeipräsidenten wandte, kam ein Beamter und erklärte, daß die Polizei nicht einschreiten werde. In die Polizeibehörde Lichtenberg wickelt der Ansicht, daß von diesem Müllbeseitigungsverfahren keine Verunreinigung durch Ungeziefer und keine Schädigung der Gesundheit zu befürchten sei?

Eine gefesselte Leiche im Landwehrkanal. Auf einen Werd läßt ein Leichensund schlüpfen, der heute vormittag im Landwehrkanal gemacht wurde. Vor dem Hause Königin-Augusta-Straße 54 landeten zwei Beamte der Sicherheitspolizei die Leiche eines Mannes, dem Hände und Füße mit Nieren zusammengeknüpft waren. Der Mann ist etwa 30 Jahre alt, hat blondes Haar und einen englisch gekrümmten Schnurrbart und trug einen braunen Mantel, einen grauen Anzug, ein Krawattenband mit blauweißen Einsätzen, einen leinen schwarzen Schirf, graue Strümpfe und schwarze Schnürschuhe.

Neue Volksgüterverbindungen im Bezirk Potsdam. Die Volksgüterverwaltung ist eifrig dabei, ihre Kraftwagen nach zu erweitern, und dadurch Gebiete, die bisher abseits der großen Straßen lagen, dem Verkehr zu erschließen. So werden jetzt zu Pfingsten im Bezirk Potsdam folgende Postkrafwagenlinien eröffnet: Potsdam-Lehnhin-Brandenburg, ferner Gransee-Rheinsberg-Jecklin-Wiltsdorf und Gransee-Lindow-Neuruppin-Jecklin-Rheinsberg-Jecklin. Diese neuen Kurse schaffen günstige Reife- und Besenungsmöglichkeiten und erleichtern ganz besonders reizvolle Teile der Mark, die bisher nur schwer zu erreichen waren.

Die Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wandern und Reisen veranstaltet am 26. Mai, 8 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Dierckhofs, Veltiger Straße 3, einen Vortrag, den der Syndikus des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes, Dr. Kurt Martin, Leiter jenes Verbandes, über das Thema „Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten in Argentinien“ halten wird. Der Vortrag wird durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt. Karten zu 5, 4, 3, 2 M. im Vorverkauf bei H. Wehling, Leipziger Str. und Turmstr. 11, und an der Abendkasse.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 20. Mai:

2.—8. Uhr. 7 Uhr bei Reiner, Hagelberger Str. 20a. Kaffeehaus vom Alltagsanstand. Abrechnung Wähler.
10.—11. Uhr. 7 1/2 Uhr. Aula Schiller-Gymnasium Berliner Straße (nicht Poststraße). Paul Löbe, W. d. R.: Demokratie gegen Demagogie.
Schneeberg. 8 Uhr im folgenden Polakal außerordentliches Jubiläum: 1. Abt. bei Müde, Hohenbergstr. 15; 2. Abt. bei Wittmann, Martin-Luther-Str. 7; 3. Abt. bei Cohn, Martin-Luther-Str. 6; 4. Abt. bei Dörmann, Hohenbergstr. 11; 5. Abt. bei Rudolf, Hohenbergstr. 22; 6. Abt. bei Hofmann, Hohenbergstr. 18; 7. Abt. bei Groß, Sedanstr. 17; 8. Abt. bei Ende, Sachsendamm 10; 9. Abt. bei Cohn, Sedanstr. 49; 10. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 11. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 12. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 13. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 14. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 15. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 16. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 17. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 18. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 19. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 20. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 21. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 22. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 23. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 24. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 25. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 26. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 27. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 28. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 29. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 30. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 31. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 32. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 33. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 34. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 35. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 36. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 37. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 38. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 39. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 40. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 41. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 42. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 43. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 44. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 45. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 46. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 47. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 48. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 49. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 50. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 51. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 52. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 53. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 54. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 55. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 56. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 57. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 58. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 59. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 60. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 61. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 62. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 63. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 64. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 65. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 66. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 67. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 68. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 69. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 70. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 71. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 72. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 73. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 74. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 75. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 76. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 77. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 78. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 79. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 80. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 81. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 82. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 83. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 84. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 85. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 86. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 87. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 88. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 89. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 90. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 91. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 92. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 93. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 94. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 95. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 96. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 97. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 98. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 99. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49; 100. Abt. bei Cohn, Hohenbergstr. 49.

Wirtschaft

900 Proz. Dividende beim Heringgeschäft.

Der „Berliner Fischmarkt“ bringt folgende Mitteilung: Die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure“ legte die Bilanz vor, die einen Bruttoumsatz von ca. 10 000 000 M. ergab. Nach Abzug der Unkosten (etwa 2 1/2 Millionen) gelangen gegen 7 1/2 Millionen an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft zur Ausschüttung. Es entfallen auf einen Anteil von 10 000 M. Lage und Löhne 90 000 M., also 900 Proz. Die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Salzheringimporteure“ ist eine Gründung der Salzheringimportgesellschaft G. m. b. H. angegliederten Salzheringimporteure. Sie hat mit der Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie für den Einkauf der Heringe in Norwegen usw. das nötige Personal stellt.

Warum wird der Heberfisch nicht an das Reich abgeführt? Welches Recht haben ein paar bevorzugte Kriegsgewinnler auf solche Verdienste, die der breiten Masse erpreßt worden sind?

Internationale Wareneinfuhr. Vor einigen Monaten ist von sieben europäischen Ländern, namentlich Argentinien, ein Unterabkommen erlassen worden, um die Verbindung zwischen den europäischen Großhandelsorganisationen herzustellen. Vor etwa drei Wochen fand die erste Zusammenkunft des Hauptauschusses des Internationalen Großhandels seit Kriegsausbruch in Genf statt. Der Generalsekretär der englischen Vertretung, L. Woodrid, unterbreitete einen Entwurf für eine internationale gedachte Handelsbewegung. Er sieht zunächst eine Zusammenfassung aller gemeinsamen Bestrebungen jedes Landes in einer zentralen Körperschaft vor, die alle Hilfsmittel und Geldmittel in eine Quelle leitet und dadurch die Kosten verringert. Es ist beabsichtigt, Waren gemeinsam einzukaufen und Bestellungen einer bestimmten Ware, soweit dies möglich ist, durch einen Käufer vorzunehmen. Diese neue internationale Behörde würde große Kaufkraft besitzen und zur Wirtschaftlichkeit des Geschäftes beitragen. Ein Zentralbureau, wahrscheinlich in Randesheim, das die Statistiken der verschiedenen Länder in Umlauf bringen und geschäftliche Zustände erstellen würde, ist vorgesehen. Diese Vorschläge sind einstweilen als Arbeitsgrundlage angenommen worden und werden in den verschiedenen Ländern bis zur nächsten Zusammenkunft des Ausschusses die im Oktober in Haag stattfinden soll, beraten werden, um dann den Bestrebungen eine bestimmte Form zu geben. Der britische Regierungsdirektor beim Obersten Wirtschaftsamt betonte in der Versammlung die Dringlichkeit von Geschäftsbeziehungen auf Grund des Warenverkehrs, um die Wirtschaftslage soweit als möglich zu verbessern, die augenblicklich aus den wechselnden Kurswerten entstehen. Er schlug besonders vor, Deutschland Stellung in den neuen Vorschlägen auf alle Fälle zu berücksichtigen, und er drückte die Hoffnung aus, daß die Verwirklichung dieser Bestrebungen nicht allzufern sei.

Ein neues Bausystem. Für die Schönberger Siedlung Lindenhof soll ein neues System des Bauingenieurs F. Tilk, Berlin, zur Anwendung kommen, das eine außerordentliche Ersparnis an Mauerwerk und Gefamstoffen herbeiführt. Dieses Raumgitterbausystem besteht in einer Anordnung der Tragkonstruktion in durchgehenden Trägern, die in drei sich kreuzenden Ebenen angeordnet, sich gegenseitig in senkrechte Richtung unterstützen. Bei der großen Not an Baustoffen sollten die Behörden und Fachleute diese Konstruktion eingehend prüfen, denn mit sogenannten Kostensparbauten ist unserem Volke nicht geholfen.

Groß-Berlin

Das

Ist die Partei des Wiederaufbaus.

Du kennst doch sicher die Partei des Wiederaufbaus? Es ist die Deutsche Volkspartei.

Das weißt Du doch, und es ist Dir nichts Neues. Es war darum auch nicht notwendig, daß die Partei des Wiederaufbaus ein großes Plakat drucken ließ, auf dem die Tatsache nur noch einmal erhärtet wird, daß sie es wirklich ist. Das weiß doch jeder Mensch in Berlin und Deutschland und in der ganzen Welt.

Das weiß jeder Kriegsteilnehmer, das wissen alle Toten, die in den Gräbern der Schlachtfelder ruhen.

Das weiß jede Kreatur vom Frosch bis zum Elefanten. Das wußten auch Kapp und Lüttich.

Also, nichts Selbstverständliches auf die Anschlagssäulen!

Adc, Familienkassentoken.

Die Berliner Kassentoken behaupten, durch die Luftkassentoken so belastet zu sein, daß sie mit einer Reihe alter lieber Berliner Gepflogenheiten aufräumen müssen.

Der Verein der Saal- und Konzertlokalinhaber Berlins hat Vorschläge gemacht, die kürzlich in Versammlungen der Saalbesitzer Groß-Berlins eingehend erörtert wurden. Diese Vorschläge gehen in der Hauptsache dahin, für jedes Konzert Eintrittspreise zu erheben, das Familienkassentoken billiger abzugeben und Bestells, Geschirre usw. nur gegen Pfand zu verabsorgen. Bei Konzerten, die von einer 5 bis 10 Mann starken Kapelle ausgeführt werden, sollen 50 Pf. und bei größeren Orchestern 1 M. einschließlich Steuer als Eintritt erhoben werden. Als Pfand für einen Teelöffel wurden 1 M., für Tassen 2 M., für Kannen 10 M. vorgeschlagen. Zur Pfanderhebung, sollen die Wirte, sehen sie sich deshalb gezwungen, weil leider zu viel Geschirre abhanden kommt, die Neubeschaffung aber, jetzt außerordentlich schwierig ist. Jedem Lokalhaber soll es freigestellt bleiben, die Art der Pfanderhebung zu bestimmen. Kaffee soll künftig nur noch portionweise abgegeben werden. Die Versammlungen stimmten im allgemeinen diesen vom Vorstande gegebenen Anregungen zu, insbesondere war man mit der Erhebung der erwähnten Mindesteintrittspreise einverstanden. Damit sind die bisher in Berlin üblich gewesenen Preiskonzertere grundsätzlich beseitigt. Der Pfanderhebung wurde ebenfalls grundsätzlich zugestimmt, und auch über die Notwendigkeit der Abschaffung des Kaffee- und Tassenherrschers Einmütigkeit. Nach den Pfingstfesttagen soll diese alte Berliner Sitte endgültig aufhören.

Achtung, Genossinnen!

Öffentliche Frauen-Versammlung

Donnerstag, 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Graunstraße 11.

Referentin: Genossin Bohm-Schuch.

